

➔ MENSCHEN

Miss Universe 2010 kommt aus Mexiko /C10



➔ VORARLBERG

Dichtes Netz an Kontrollen bei Infusionen /A8, D8



➔ MARKT



Tourismus mit deutlichem Plus auf Rekordkurs /D1

MITTWOCH

25. AUGUST 2010
AUFLAGENSTÄRKSTE UNABHÄNGIGE
TAGESZEITUNG FÜR VORARLBERG
NR. 196, 66. JAHRGANG, € 1,40

24° Wetterbesserung mit viel Sonnenschein und steigenden Temperaturen.



Die Bahn ist ein gefragtes Nahverkehrsmittel. FOTO: UHER

Zufriedene Bahnpassagiere

UMFRAGE. Das dürfte die Verantwortlichen der Bahn freuen. Die Vorarlberger sind die mit Abstand zufriedensten Bahnfahrer. Das ergab eine Umfrage des VCÖ. Besonders gut bewerteten die Vorarlberger Bahnkunden die Pünktlichkeit der Züge. /A7

Worldcup der 101-Segler

SEGELN. Insgesamt 22 Schiffe sind am Freitag und Samstag beim 101-Worldcup vor Bregenz im Einsatz. Mit dabei auch sieben Crews aus Vorarlberg, darunter Gregor Mayr, beim letzten Championat vor zwei Jahren vor Friedrichshafen Zweiter. /C3

➔ KINO

Was ist Ihnen bei der Wahl des Kinos am wichtigsten?

34 % **Filmangebot**

22 % **Atmosphäre**

20 % **Erreichbarkeit**

20 % **Technik**

19 % **Parkplätze**

12 % **Filmauswahl**

Bericht: /D1 VN-GRAFIK, QUELLE: ZPR

➔ INHALT

WOHIN B6-B7
LESERBRIEFE D4
KINO B6
CHRONIK B4
NOTIZEN

Streit um die Obsorge

Familienrecht: Justizministerin strebt noch heuer Lösungen an. Auch neues Namensrecht geplant.

WIEN. Der Familienrechtsbereich ist eine Großbaustelle. Justizministerin Claudia Ban-

dion-Ortner (ÖVP) hat daher eine Arbeitsgruppe eingerichtet, die noch heuer Lösungen vorlegen soll.

Im Mittelpunkt steht die Frage der Obsorge über minderjährige Kinder nach einer Scheidung. Bandion-Ortner will, dass sich beide Elternteile weiterhin um ihren

Nachwuchs kümmern müssen. Frauenministerin Gabriele Heinisch-Hosek (SPÖ) hat Vorbehalte dagegen.

Im VN-Interview fordert der Familienrechtler Günter Tews eine verpflichtende, gemeinsame Obsorge. In Deutschland mache man beste Erfahrungen damit.

Im Justizministerium wird unterdessen auch an einer Namensrechtsreform gearbeitet. Aus dem Büro von Frauenministerin Heinisch-Hosek werden Wünsche dazu angemeldet - und zwar ein Familienname auch für Homo-Paare und Doppelnamen für beide Eheleute. /A3

➔ FESTLICHE PREMIERE AM BODENSEE



7000 beim „Atem des Himmels“

Reinhold, Beatrice und Laura Bilgeri standen mit den Hauptdarstellern im Mittelpunkt der Uraufführung seines Blons-Films. /A4-A5

Steinmeiers „Liebesbeweis“

Chef der SPD-Fraktion spendet eine Niere für seine schwer kranke Frau.

BERLIN. Der Chef der SPD-Fraktion im Deutschen Bundestag, Frank-Walter Steinmeier, und seine Frau Elke Büdenben-

der haben sich am Dienstag auf eine Nieren-Transplantation vorbereitet. Steinmeier spendet eine Niere für seine schwer kranke Frau.

Der mehrstündige Eingriff war für den Nachmittag geplant. Der 54-jährige Fraktionschef hatte am Montag

angekündigt, dass er wegen der Transplantation eine politische Auszeit nimmt.

Über die Klinik, in der der Eingriff vorgenommen wird, und den genauen Ablauf wollten sich Mitarbeiter Steinmeiers nicht äußern. Die 54 und 48 Jahre alten Eheleu-

te hatten sich auch wegen der langen Wartezeiten auf Organe von Verstorbenen zu einer Nieren-Lebendspende entschlossen. In der SPD-Fraktion gab man sich zuversichtlich, dass Steinmeier im November wieder im Plenum reden kann. /A2, A3

Carla Sarkozy setzt sich für Todeskandidatin ein

PARIS. Die französische Präsidentengattin Carla Sarkozy hat sich für eine von der Steinigung bedrohte Iranerin

rauben? Nur weil Sie geliebt und geliebt haben? Alles in mir sträubt sich, dies zu akzeptieren“, heißt es in dem

➔ CL-TRAUM ERFÜLLTE SICH NICHT

Die „Bullen“ aus Salzburg sind in der Fußball-Champions-League wieder nur Zuseher.



Ein „Fanclub“ für Motorschiff

RETTUNG. Die Diskussion um die Restaurierung der MS „Österreich“ ist nach dem VN-Exklusivbericht eröffnet. Eine Expertise soll klären, ob das Schiff verschrottet oder modernisiert werden soll. Unabhängig davon hat sich bereits ein „Fanclub“ für die Erhaltung formiert. /A6

Sichere Zukunft der Flugrettung

BREGENZ. Vorarlberger Bergrettung und ÖAMTC unterzeichneten gestern nach viermonatigen Verhandlungen einen neuen Vertrag, der die Organisation der Flugrettung auch ab 1. Jänner 2011 sichert. Damit hat Vorarlberg unabhängig vom Bund eine eigene Lösung gefunden. /B1

Waffenübung im Bregenzerwald

EINSATZ. Rund 400 Milizsoldaten proben derzeit im Bregenzerwald für einen möglichen Assistenzinsatz. Im Mittelpunkt der Übung stehen die Überwachung von Räumen und der Schutz wichtiger Objekte wie etwa des Kraftwerks in Andelsbuch. /A9

„Minarettbau hat keine Priorität“

BREGENZ. Es gebe derzeit in Vorarlberg keinen Bedarf an Minaretten, meint der Sprecher der türkischen Plattform, Attila Dincer. Man habe weit wichtigere Probleme, etwa die hohe Arbeitslosigkeit, meint er und kritisiert Anas Schakfeh scharf. /A6



FPÖ-Chef Strache ist Spitzenkandidat in Wien. FOTO: APA

von Wien werden
WIEN. FPÖ-Bundesobmann Heinz-Christian Strache präsentierte gestern die Kandidatenliste seiner Partei für die Wien-Wahl am 10. Oktober. Er selbst wird auf dem ersten Listenplatz als „Bürgermeister-Kandidat“ ins Rennen gehen. Sein Wahlziel lautet freilich „mindestens 20 Prozent“; die Wahrscheinlichkeit, dass er damit Stadt- oberhaupt wird, ist gering. VN

Prozent der Gesamtausgaben des Landes Vorarlberg entfallen auf Förderungen, berichtet die Verwaltungsreform-Arbeitsgruppe der Bundesregierung. Das sei der höchste Wert im Bundesländer-Vergleich. Am geringsten ist der Anteil in Niederösterreich mit 21 Prozent. Insgesamt beträgt das Subventionsvolumen in Österreich rund 15,5 Milliarden Euro. VN

Das Deutsche Rote Kreuz und der Deutsche Caritasverband haben sich gegen einen staatlich gesteuerten Freiwilligendienst ausgesprochen. Bundesfamilienministerin Kristina Schröder (CDU) will bei einem Aussetzen der Wehrpflicht, wie es Verteidigungsminister Karl-Theodor zu Guttenberg (CSU) derzeit plant, einen bundesweiten freiwilligen Zivildienst einführen, an dem auch Frauen und ältere Menschen teilnehmen könnten.
Der Hauptgeschäftsführer des Deutschen Städte- und Gemeindebunds, Gerd Landsberg, spricht sich dafür aus, anstelle des bisherigen Zivildienstes einen verpflichtenden Sozialdienst für junge Frauen und Männer einzuführen. „In einer alternden Gesellschaft sollte überlegt werden, ob nicht jeder junge Mensch verpflichtet sein sollte, sich für eine bestimmte Zeit für die Gemeinschaft zu engagieren“, meint Landsberg.



Die deutsche Familienministerin Kristina Schröder. FOTO: AP

Differenzen um Justizpersonal

WIEN. Angesichts der massiven Kritik an schleppenden Ermittlungen im Zusammenhang mit großen Wirtschaftsverfahren hat Bundeskanzler Werner Faymann (SPÖ) für morgen zu Gesprächen über eine bessere Ausstattung der Justiz eingeladen. Dass es dabei um eine weitere Aufstockung der Personalkapazitäten gehen könnte, glaubt Beamtenministerin Gabriele Heinisch-Hosek (SPÖ) aber nicht. Nach der für heuer geplanten Aufstockung der Planstellen um 151 gebe es keinen Bedarf mehr. Justizministerin Claudia Bandion-Ortner (ÖVP) sieht das anders; sie fordert zusätzliches Personal. VN

Zivis dürfen zur Polizei gehen

WIEN. Ehemalige Zivildienstler können künftig den Polizeidienst antreten. Das ist nun nach einer Einigung zwischen Innenministerin Maria Fekter (ÖVP) und Verteidigungsminister Norbert Darabos (SPÖ) endgültig fix. Ob die Zivildienstler vor dem Antritt des Exekutivdienstes noch zusätzlich eine militärische Basisausbildung absolvieren müssen, bleibt zunächst aber offen.
Die Entscheidung darüber sollen die zuständigen Ressorts fällen - also das Innenministerium für die Polizei, die Justiz für die Justizwache und das Finanzministerium für den Zoll. VN

Für Scheidungskinder rasche Lösung gesucht

Obsorge, Unterhalt: Elternpflichten sollten neu geregelt werden, doch SPÖ und ÖVP streiten noch.

WIEN. Wie soll die Obsorge, also die Erziehung, die gesetzliche Vertretung und die Vermögensverwaltung über ein Kind geregelt werden, wenn die Eltern nicht oder nicht mehr verheiratet sind? Seit 2001 haben geschiedene Väter und Mütter die Möglichkeit, diese Frage in einer Vereinbarung zu regeln. Seit dem Vorjahr kann bei außer-

ordentlichen Streitigkeiten zum Schutz der Kinder auch ein eigener Beistand beigezogen werden.

Das große Obsorge-Problem bleibt jedoch bestehen (siehe auch Interview dazu). Von der Öffentlichkeit weitestgehend unbemerkt haben sich in den letzten Monaten zahlreiche Initiativen gebildet. Die Gruppe „Vaterverbot“ beispielsweise; der Name soll zum Ausdruck bringen, dass den Betroffenen die Kinder vorenthalten werden können. Daneben gibt es die Selbsthilfegruppe „Dialog für Kinder“, die es sich zum Ziel gesetzt hat, eine gemeinsame Obsorge durchzusetzen.

„Gemeinsame Obsorge“ ist ein Reizwort. Vor dem Sommer hat es eine parlamentarische Enquete dazu gegeben. Zumal dabei schier unüberwindliche Differenzen deutlich geworden sind, wird nun auf Anregung von Justizministerin Claudia Bandion-Ortner (ÖVP) in einer Arbeitsgruppe nach einer Lösung gesucht. Die gemeinsame Obsor-

ge sieht vor, dass beide Eltern auch nach einer Scheidung für die Kinder verantwortlich bleiben. Bandion-Ortner ist eine Anhängerin dieses Modells, das in Deutschland bereits praktiziert wird. Frauenministerin Gabriele Heinisch-Hosek (SPÖ) will jedoch nichts davon wissen: Wenn es zwischen einem Vater und einer Mutter gekracht hat, sollten sie nicht durch die gemeinsame Obsorge „zwangsbeglückt“ werden, warnt sie; dies würde zu Lasten des Kindes gehen. Bandion-Ortner kann das nicht nachvollziehen; In „berücksichtigungswürdigen Fällen“ könnte ja von der gemeinsamen Obsorge abgegangen werden.

Auch Besuchsrecht diskutiert
Die Arbeitsgruppe, bestehend aus Regierungsvertretern und Experten, soll sich laut dem Sprecher von Bandion-Ortner, Paul Hefelle, auch um die Unterhaltsfrage kümmern: Richtervorteiler haben dazu vorgeschlagen, die Einhaltung von Unterhaltspflichten mit dem Besuchsrecht zu verknüpfen. Kümmert sich beispielsweise ein Vater nicht um sein Kind, soll er zu höheren Zahlungen verpflichtet werden können. Bandion-

„Bis zum Jahresende sollen konkrete Vorschläge vorliegen.“

PAUL HEFELLE

Ortner findet das „grundsätzlich diskussionswürdig“. Eine Neuregelung dürfe allerdings nicht „zum Schaden des Kindes“ sein, erklärt sie.

Der dritte Problembereich, um den sich die Arbeitsgruppe kümmern soll, bezieht sich auf die schwache Rechtsstellung unehelicher Väter gegenüber ihren Kindern. Frauenministerin Heinisch-Hosek will, dass für uneheliche Paare ein eigener Partnerschaftsvertrag eingeführt wird. Bandion-Ortner lehnt das jedoch ab - das würde auf eine „Ehe light“ hinauslaufen, argumentiert die Christdemokratin.

Arbeitsgruppe startet

Ewig will die zuständige Justizministerin die Streitfragen indes nicht offen lassen. Die Arbeitsgruppe soll am 20. September erstmals tagen und dann zügig ans Werk gehen. Noch heuer sollen laut Hefelle konkrete Vorschläge vorliegen. VN-JOH



Justizministerin will, dass beide Eltern auch nach einer Scheidung fürs Kind zuständig bleiben. FOTO: BILDERBOX



MÜHSAMER WIEDE

Pakistan wird nach Einschätzung von Präsident Asif Ali Zardari mindestens drei Jahre brauchen, um sich von der verheerenden Flutkatastrophe in weiten Teilen

VN INTERVIEW. Familienrechtler Günter Tews zur gemeinsamen Obsorge

„Eltern haben sich angenähert“

Gemeinsame Obsorge: Familienrechtler sieht positive Erfahrungen in Deutschland.

Herr Dr. Tews, Sie sind Obmann des Verelns „Dialog für Kinder“ und werden der Arbeitsgruppe des Justizministeriums zur Obsorge angehören. Was werden Sie dort einbringen?

GÜNTER TEWS: Das Problem ist meines Erachtens das Besuchsrecht: Die Debatte über die gemeinsame Obsorge wäre nie so heftig ausgebrochen, wenn das Besuchsrecht auch nur einigermaßen funktionieren würde.

Richtervorteiler haben dazu bereits einen Lösungsvorschlag gemacht...

TEWS: ... die Richter sind viel mehr gefordert, bestehendes Recht effizient umzusetzen. Die Möglichkeit, Sanktionen gegen Eltern zu ergreifen, die das Besuchsrecht boykottieren, gibt es ja schon, sie werden nur höchst unbefriedigend angewendet.

Das Problem liegt allein in der Rechtssprechung?

TEWS: Na ja, das Problem ist außerdem, dass sich der Gesetzgeber nicht dazu durchringen kann, klare Regeln aufzustellen.

Zur Obsorge: Was fordern Sie?

TEWS: Wie orientieren uns am deutschen Modell (Verpflichtung zur gemeinsamen Obsorge auch nach einer Scheidung; Anm.). Grundsätzlich gibt es keinen Grund, Eltern die Obsorge im Falle einer Scheidung zu nehmen.

Die Frauenministerin warnt, dass eine solche „Zwangsbeglückung“ zum Nachteil der Kinder sein könnte.

TEWS: Der Begriff der gemeinsamen Obsorge ist irreführend: Es ist ja nicht so, dass Eltern nach einer Scheidung immer alles gemeinsam entscheiden. In der Regel tut das der Elternteil, bei dem das Kind wohnt. Es geht um Rechte für den anderen Elternteil. Damit ein Vater beispielsweise nach einem Unfall sein Kind im Spital besuchen kann. In Deutschland hat eine große Studie gezeigt, dass die gemeinsa-

me Obsorge sehr positive Effekte hat - und zwar auch dort, wo Eltern zwangsweise dazu verpflichtet wurden.

Warum?

TEWS: Man hat befürchtet, dass es Riesenstreitereien geben könnte. Doch dazu ist es nicht gekommen. Ganz im Gegenteil: Eltern sind durch die gemeinsame Obsorge auch zu einer positiven Kommunikation verpflichtet worden; damit haben sie sich angenähert. VN-JOH



„Gemeinsame Obsorge verpflichtet zu positiver Kommunikation.“

GÜNTER TEWS

SPÖ will Familienname auch für Homo-Paare

WIEN. Das Justizministerium arbeitet an einer Reform des Namensrechts. Das beständige Ressortssprecher Paul Hefelle gestern den VN. Die Details würden um den Jahreswechsel herum präsentiert werden. Vorab lässt Hefelle zwei Eckpunkte wissen: „Es geht um eine Verwaltungsvereinfachung und eine Anpassung der Bestimmungen an die gesellschaftlichen Gegebenheiten.“

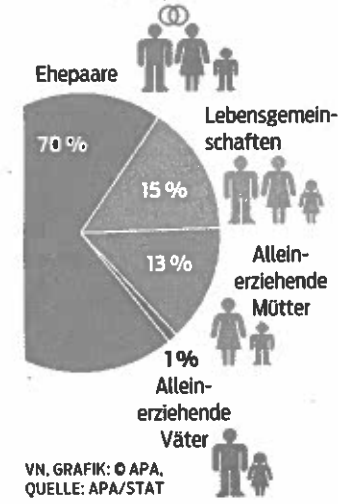
Zur Zeit sind Bezirksverwaltungsbehörden und Standesämter mit Namensfragen betraut; hier könnte es zu einer Zusammenlegung kommen. Daneben wird es dem Vernehmen nach zu einer Neuerung für „Patchwork-Familien“ kommen; ihre Mitglieder sollen zu einem einheitlichen Familiennamen kommen können.

Frauenministerin Gabriele Heinisch-Hosek (SPÖ) würde freilich noch weiter gehen. Man sei in die Beratungen über die Namensrechtsreform zwar nicht involviert, habe jedoch zwei Anliegen, lässt sie auf Anfrage der VN wissen: Gleichgeschlechtli-

che Paare sollten einen gemeinsamen Familiennamen haben können; derzeit hätten sie „nur“ einen Nachnamen. Und Doppelnamen, wie sie nach Eheschließungen möglich sind, sollten für beide Eheleute gelten; derzeit übernimmt entweder der Mann oder die Frau zusätzlich den Namen des Partners. VN-JOH

FAMILIENFORMEN IN ÖSTERREICH

Insgesamt 791.078 Familien mit zumindest einem Kind unter 15 Jahren, davon ...



VN. GRAFIK: © APA, QUELLE: APA/STAT



Zurück aus dem Urlaub: Faymann (r.) und Pröll. FOTO: APA

„Lehrer-Streit“ vorerst beigelegt

WIEN. Bundeskanzler Werner Faymann (SPÖ) und Vizekanzler Josef Pröll (ÖVP) haben im ersten Ministerrat nach der Sommerpause ein Machtwort gesprochen - und die „Lehrer-Vorlage“ von Unterrichtsministerin Claudia Schmied (SPÖ) gekippt. Alle Landeshauptleute hatten den entsprechenden Verordnungsentwurf abgelehnt. Vorgehen war darin, die Kontrolle über den Einsatz von Landeslehrern zu verstärken und die Abgeltung für „überzählige“ Posten zu erhöhen. Allein Vorarlberg hätte dies zweieinhalb Millionen Euro gekostet. Faymann erklärte gestern nach der Ministerratsitzung, man werde die Diskussion darüber im Rahmen der Finanzausgleichsverhandlungen ab dem kommenden Jahr führen. VN